



**Kathrin Rösel MdB**

## Unter der Kuppel – Neues aus dem Bundestag

31. März 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

alle Eltern wollen, dass ihre Söhne und Töchter für gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten und auch als Bezirksvorsitzende der Frauen Union liegt mir das Thema gleiche Bezahlung von Frauen und Männern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit besonders am Herzen. Ich freue mich daher, dass wir das **Gesetz zur Förderung der Transparenz von Entgeltstrukturen** beschlossen haben. Das Entgelttransparenzgesetz ist ein wichtiger Schritt, um das Gehaltsgefälle zwischen Frauen und Männern zu verringern, das immer noch bei sechs Prozent liegt. Damit schaffen wir neben den Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen weiteren Baustein zur Schließung der Lohnlücke in unserem Land.

Das Gesetz sieht vor, das Verbot der Lohn-diskriminierung in der Praxis durchzusetzen und ermöglicht, dass geschlechtsbezogene Diskriminierung bei der Bezahlung leichter erkannt und beseitigt werden kann. Der Auskunftsanspruch betrifft Unternehmen mit mehr als 200 Mitarbeitern. Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern sowie Kapitalgesellschaften müssen darüber hinaus die Entgeltgleichheit im Unternehmen regelmäßig prüfen und darüber Bericht erstatten. Nach intensiver Diskussion – insbesondere mit Vertretern aus der Wirtschaft – haben wir diesen Kompromiss gefunden. Für die Unternehmen bedeutet die Umsetzung keinen enormen bürokratischen Aufwand, da unter anderem im bereits bestehenden Betriebsverfassungsgesetz ähnliche Vorgaben die Lohngleichheit regeln.

**Neuregelung des Mutterschutzrechts**

Als Christdemokraten stehen für uns der Schutz und die Förderung junger Familien im Fokus.



Gleichzeitig wollen wir es Frauen ermöglichen, sich ohne einen längeren Ausfall in der Erwerbstätigkeit für Kinder zu entscheiden. Dabei darf der Schutz der Mutter und des Kindes nicht vergessen werden. Zum Gesetz zur Neuregelung des Mutterschutzrechts zählen unter anderem die Verlängerung der Schutzfrist nach der Entbindung für Kinder mit Behinderung, Änderungen beim Verbot der Mehr-, Nacht- und Sonntagsarbeit und die Einrichtung eines Ausschusses speziell für Mutterschutzfragen.

Wir wollen, dass das Gesetz erst zum 1. Januar 2018 in Kraft tritt, damit sich Behörden und Unternehmen auf die neuen Regelungen einstellen können.

**Änderung des Straßenverkehrsgesetzes**

Der technische Fortschritt im Automobilbau wird in absehbarer Zeit den Einsatz immer weiter automatisierter Systeme in Fahrzeugen möglich machen. Automatisiert bedeutet, dass der Fahrer jederzeit in der Lage sein muss, die volle Kontrolle über das Fahrzeug zu übernehmen. Nun haben wir in dieser Woche das Gesetz zur grundlegenden Regelung des Zusammenwirkens zwischen Fahrer und einem Kfz mit automatisierten Fahrfunktionen beschlossen. Wir schaffen damit die gesetzliche Grundlage dafür, dass die Innovation bei Autos weiter vorangehen kann.

**Bundeswehrmission in Somalia**

Wir haben in dieser Woche namentlich über die Verlängerung des Mandats der EUTM **Somalia** bis zum 31. März 2018 mit der unveränderten personellen Obergrenze von 20 deutschen Soldaten abgestimmt. Um das somalische Militär zu befähigen, eigenständig für die Sicherheit im Land zu sorgen, sollen künftig anstelle von Führungskräften und Spezialisten Gefechts-einheiten ausgebildet werden.

Die Mission ist somit wichtiger Bestandteil zur weiteren Stabilisierung der fragilen Staatlichkeit in Somalia.

### Ergebnisse des Koalitionsgipfels

Am Mittwoch fand der voraussichtlich letzte Koalitionsgipfel in dieser Wahlperiode statt – nachdem der sozialdemokratische Spitzenkandidat sich nun doch entschlossen hatte, daran teilzunehmen, anstatt sich auf einer SPD-internen Feier mal wieder bejubeln zu lassen.

Volker Kauder berichtete am Donnerstagfrüh in einer Fraktionssondersitzung, dass sich die dortigen Verhandlungen ähnlich schwierig gestaltet haben, wie sich auch die Zusammenarbeit mit den Kollegen der SPD auf parlamentarischer Ebene zunehmend weg von der sachlichen Ebene hin zu populistischem Wahlkampf bewegt. Das nenne ich verantwortungslos gegenüber den Menschen, die von uns zu Recht erwarten, dass wir bis September für Deutschland konstruktiv zusammenarbeiten.

Die Ergebnisse des Koalitionsgipfels können Sie dem beigefügten Anhang entnehmen.

### Rede zum Antrag der Grünen „Transparenz bei Vergleichsportalen“

Als zuständige Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Antrag der Grünen für mehr Transparenz und Klarheit bei Buchungs- und Vergleichsportalen habe ich am Donnerstag gesprochen. Die geforderten gesetzlichen Verpflichtungen für die Betreiber solcher Onlineportale gehen viel zu weit und sind vor allem schon technisch nicht umsetzbar. Oft dienen solche Vergleichsportale dem Verbraucher primär als Orientierungshilfe und nicht als Darstellungsinstrument des gesamten Marktes. Denkbar wäre es hingegen, die Anwendung der von der Europäischen Kommission entwickelten Leitlinien für Vergleichsportale in der Praxis durch Siegel oder Zertifikate zu fördern. Damit lässt sich ohne eine gesetzliche Regelung Verbrauchervertrauen schaffen.

Die Rede dazu finden Sie unter folgendem Link auf meiner Homepage: <http://kathrin-roesel.de/Mediengalerie/Video.html?draft=true>

### Verbot des Betriebs lauter Güterwagen

Mit dem Schienenlärmschutzgesetz wird der Betrieb lauter Güterwagen ab dem Fahrplanwechsel am 13. Dezember 2020 verboten. Über einen einzuhaltenden Schallemissionswert begrenzen wir den von Güterwagen produzierten Lärm. Nicht umgerüstete Güterwagen müssen ihre Geschwindigkeit so weit drosseln, dass sie nicht lauter sind als Güterzüge mit leisen Wagen. Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt in Richtung verbesserter Lärmschutz an deutschen Bahngleisen.

### Und sonst?

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat im Rahmen eines parlamentarischen Gesprächskreises zu dem Thema „Jagd, Fischerei und Natur“ eingeladen. Ich hatte die Gelegenheit, mit Hartwig Fischer, Präsident des Deutschen Jagdverbandes, über die besondere Situation des Wolfvorkommens im Wahlkreis zu sprechen. Leider zeigt sich die SPD hier absolut nicht gesprächsbereit und ideologisiert das Thema, statt es rational und sachlich anzugehen. Ich bleibe an diesem Thema dran!



### In der nächsten Woche...

...werde ich bei der Jahreshauptversammlung der Senioren Union Rotenburg von meiner Arbeit aus Berlin berichten. Bei der Mitgliederversammlung der Frauen Union Rotenburg wird es unter anderem um das Thema „Ehe für alle“ gehen. Ich nehme weitere Termine in Schneverdingen, Walsrode und Buchholz wahr.

Morgen werde ich beim Kreisparteitag der CDU Heidekreis sowie eine Woche später beim Kreisparteitag der CDU Rotenburg sein. Ich freue mich darauf, viele von Ihnen/Euch dort zu treffen!

Ihre



Kathrin Rösel MdB